

AMNESTY INTERNATIONAL Sektion der Bundesrepublik Deutschland e. V.
El Salvador-Koordinationsgruppe . Postfach 7123 . 71317 Waiblingen
T: +49 7151 28289 . F: +49 7181 43987 . E: info@ai-el-salvador.de
W: <https://www.amnesty.de> . <https://www.ai-el-salvador.de>
https://twitter.com/AI_El_Salvador
<https://www.facebook.com/AmnestyMenschenrechteElSalvador/>

SPENDENKONTO . Bank für Sozialwirtschaft
IBAN DE23 3702 0500 0008 0901 00 . BIC BFSWDE33XXX . Zweck: 2129



25. April 2022

EL SALVADOR: DER AUSNAHMEZUSTAND HAT EINEN ORKAN VON MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN AUSGELÖST

Dreißig Tage, nachdem das Parlament El Salvadors – als Reaktion auf Berichte über zunehmende Morde im Zusammenhang mit Bandenkriminalität – den Ausnahmezustand über das Land verhängt hat, und angesichts der Erneuerung dieser Maßnahme am Sonntag, erklärte Erika Guevara-Rosas, Direktorin für die Amerikas bei Amnesty International

"In den letzten 30 Tagen hat die Regierung von Präsident Bukele die Rechte des salvadorianischen Volkes mit Füßen getreten. Von Gesetzesreformen, die gegen internationale Standards verstoßen, bis hin zu willkürlichen Massenverhaftungen und der Misshandlung von Gefangenen haben die salvadorianischen Behörden einen Orkan an Menschenrechtsverletzungen ausgelöst, der sich nun mit der Verlängerung des Notstandsdekrets fortsetzen dürfte."

"In El Salvador werden heute Kinder im Alter von 12 bis 16 Jahren zu Haftstrafen von bis zu 10 Jahren verurteilt, Menschen aus armen und marginalisierten Gemeinschaften können willkürlich verhaftet werden, ohne dass sie das Recht auf einen Rechtsbeistand haben, Gefangene können ohne ausreichende Nahrung oder frische Luft festgehalten werden und Journalist_innen können inhaftiert werden, nur weil sie über Bandenaktivitäten berichten."

"Die Regierung muss ihre feindselige Haltung gegenüber der Zivilgesellschaft und der internationalen Gemeinschaft aufgeben und eine Bestandsaufnahme der erschreckenden Auswirkungen ihrer Politik auf die Menschenrechte vornehmen."

"Wir appellieren an die internationale Gemeinschaft, dazu beizutragen, eine sich anbahnende Menschenrechtskrise in El Salvador abzuwenden, und an die Behörden des Landes, die Missbräuche einzustellen und unabhängige Untersuchungen der bereits begangenen Menschenrechtsverletzungen sicherzustellen."

Hintergrund

Am 27. März hat das Parlament El Salvadors auf Ersuchen von Präsident Nayib Bukele den Ausnahmezustand verhängt, nachdem am vorangegangenen Wochenende eine Häufung von Morden mit Bezug zur Bandenkriminalität gemeldet worden war.

AMNESTY
INTERNATIONAL



Mit dem Notstandsdekret wurden bestimmte Grundrechte außer Kraft gesetzt, von denen nach internationalem Recht unter keinen Umständen abgewichen werden darf. Dazu gehören unter anderem das Recht auf Rechtsbeistand und das Recht, über die Gründe einer Festnahme informiert zu werden.

Am 30. März billigte das Parlament weitere Maßnahmen, darunter die Einführung unbefristeter Zeiträume für die Untersuchungshaft, die Möglichkeit, Personen, die einer Straftat beschuldigt werden, in Abwesenheit - d. h. ohne ihre Anwesenheit vor Gericht - zu verurteilen, die Möglichkeit, Minderjährige im Alter von 12 bis 16 Jahren wegen bandenbezogener Straftaten zu einer Haftstrafe von bis zu zehn Jahren zu verurteilen, und die Einführung von Haftstrafen für Personen, die "direkt oder indirekt von Beziehungen jeglicher Art" zu Banden profitieren - eine vage formulierte Bestimmung, die nicht den Anforderungen des internationalen Rechts entspricht. Auch andere Maßnahmen, die nicht mit internationalen Standards übereinstimmen, wurden verabschiedet.

Am 5. April billigte das Parlament erneut eine besorgniserregende Reform des Strafgesetzbuchs, die Gefängnisstrafen für alle Personen vorsieht, die Inhalte reproduzieren, die angeblich von Banden stammen. Diese vage formulierte Bestimmung weckte Befürchtungen über eine Zensur und Kriminalisierung von Journalist_innen, die über bandenbedingte Gewalt in El Salvador berichten.

Nach Angaben von Präsident Bukele wurden bis zum 25. April 2022 - 30 Tage nach Beginn des Ausnahmezustands - mindestens 17.000 Personen im Zusammenhang mit den Maßnahmen verhaftet.

Die Zivilgesellschaft und die Familien der Festgenommenen haben über willkürliche Verhaftungen durch die Sicherheitskräfte berichtet.

Es sind auch Videos im Umlauf, die mutmaßlich die schlechte Behandlung von Festgenommenen durch die Sicherheitskräfte zeigen, wie z. B. ein Video, in dem ein Uniformierter auf dem Kopf eines überwältigten Gefangenen zu stehen scheint. Dieses [Video](#) wurde angeblich auf dem Twitter-Account der Nationalen Polizei gepostet, bevor es wieder entfernt wurde. Präsident Bukele hat sich auf [Twitter](#) auch dahingehend geäußert, dass die Inhaftierten keine vollen Essensrationen oder frische Luft erhalten würden, was gegen internationale Standards verstößt.

[Medienberichten](#) zufolge sollen mindestens vier Menschen im Zusammenhang mit dem Ausnahmezustand in der Haft gestorben sein.

Die Regierung El Salvadors hat diejenigen, die die Maßnahmen kritisieren, offen angegriffen und Vertreter der Zivilgesellschaft und der internationalen Gemeinschaft über die sozialen Medien stigmatisiert.

Der Ausnahmezustand sollte eigentlich am 25. April 2022 enden, wurde aber vom Parlament um weitere 30 Tage verlängert.

Unverbindliche Übersetzung: El Salvador-Koordinationsgruppe

Verbindlich ist das englische Original:

El Salvador: State of emergency has created a perfect storm of human rights violations

<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2022/04/el-salvador-state-of-emergency-human-rights-violations/>

**AMNESTY
INTERNATIONAL**

